

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Section der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: 81
Berolina 5481 Geschäftszeit des Verlages von 143 Uhr bis 1417 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Telegr. Adresse: Rote Fahne Berlin / Postkassenkonto: Berlin 1126 27870,
Bereinigter Zeitungsverleger Gmbh., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28.

Bezugspreis vorauszahlbar pro Woche 10 Bl., monatlich 30 Bl. — Es stehen Abzähl-
kassen in Berlin und Orten mit eigener Postfiliale. — Postbesorgung ein- und beidseitig
ca. 1.50 Bl. — Streifenhand im Ausland 4.50 Bl.; nach dem Ausland 4.50 Bl.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 1. Zeile 20 Bl. pro 100 Bl.; die 2. Zeile 15 Bl. pro 100 Bl. —
Kleinanzeigen: 10 Bl. pro 100 Bl. — Belegblätter: 10 Bl. pro 100 Bl. —
Kleinanzeigen: 10 Bl. pro 100 Bl. — Belegblätter: 10 Bl. pro 100 Bl.

Das Weltecho der kommunistischen Rundfunkrede / Siehe im Blatt

Zeilstreiks im Reich

Streiks an der Ruhr, in Danzig, Berlin und Hamburg — Streikbruch der Gewerkschaftsführer mit Hilfe der Severingpolizei

Streikwelle im Ruhrgebiet

Essen, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht). Der Aufforderung der zentralen Streikleitung, in den Betrieben, wo die Voraussetzungen für einen Streik bestehen, den Streik auszuführen, sind heute morgen mehrere Belegschaften nachgekommen. Folgende Betriebe haben den Streik proklamiert:

Jede Bergmannsgrube in Buer ist im Streik. Auf Jede Rheinpreußen-Kreuz-Schacht VI, in Rheinhausen. Jede Königsberg bei Muna streikt. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Den Streik aufgenommen haben ferner eine Baukette in Hamm, eine Baukette in Duisburg, eine Baukette in Mühlheim, eine in Essen und zwei in Sisele.

Es streikt der Textilbetrieb von Velden in Gronau mit 1500 Mann Belegschaft und ein kleiner Metallbetrieb in Muna.

Ferner hat Thaffen in Mühlheim mit Vorküschungsarbeiten für den 4. Januar begonnen. 100 Mann, also fast alle Vorküschungsarbeiter, sind heute in den Streik getreten. Etwa 100 Arbeiter, die Streikposten hielten, wurden von der Polizei verhaftet.

Von der Essener Straßenbahn ist ein zweitägiger Streik in den Bahnhöfen Borsdorf und Mühlheim gemeldet. In Helsen erschien sofort nach Streikausbruch die Schupo und sprengte das von den Streikenden verramelte Bahnhofsgebäude. Im angrenzenden Essen-Übberj wurden eine Reihe kommunistischer Funktionäre verhaftet.

Die Polizei

Hat große Verstärkungen von auswärts erhalten, z. B. Reddinghausen und Herne durch ostpreussische Schupo. Sie hielt mit großer Aufgeboten die Straßen besetzt. Trotzdem waren die Sprechschöre der proletarischen Massenorganisationen außerordentlich aktiv. Auf der Schachtanlage Braßert wurden zwei Streikposten verhaftet. In Buer-Schöden waren Frauen und Erwerbslose in besonders großer Anzahl als Massenstreikposten erschienen und förderten die Kumpels durch Sprechschöre auf. Auf der Schachtanlage Westerholt waren Kriminalbeamte in die Kassen eingedrungen. Sie wurden von der Belegschaft verprügelt und konnten sich nur durch das Abfeuern scharfer Schüsse retten.

Die Polizei ist in außerordentlich starkem Maß alarmiert und besetzt die Zehnhingenden und Metallarbeiterkolonnen mit Filzern und Heberfallautos. Für Montag, den 4. Januar ist, nach den Meldungen, mit einer Streiklösung auf einer großen Anzahl von Schachtanlagen und Metallbetrieben zu rechnen.

Frecher „Vorwärts“-Schwindel

Zur Lage in der Berliner Metallindustrie

Der „Vorwärts“ von gestern Abend berichtet triumphierend, es sei nirgends in der Berliner Metallindustrie ein Streik ausgedroht; er behauptet dann:

„Tatsächlich hat der sogenannte „Einheitsverband“ weder Anträge erlassen noch sonst irgendwelche ernsthaften Veranstaltungen getroffen. In Berlin haben sich die Kommunisten also von vornherein für geschlagen erklärt und der Notverordnung widerspruchslos unterworfen.“

Jedes Wort ist ein Schwindel. In echt provokatorischer Weise nützt der „Vorwärts“ die Tatsache aus, daß die Brüning-Severing und Grzesinski mit ihrer Notverordnung jede Streikaufrufung in der Tagespresse verboten haben.

Die Arbeiter in den Berliner Metallbetrieben wissen, daß die Behauptung des „Vorwärts“, die revolutionären Kollegen hätten bei ihnen keine Streikaufrufe verbreitet, einfach erlogen ist. Gestern konnte in den Metallbetrieben natürlich nicht gestreikt werden, weil überhaupt nicht gearbeitet wurde.

Am kommenden Montagmorgen tritt der Lohnabbau in den Berliner Metallbetrieben in Kraft. Ab Montag morgen sollen die Hungerlöhne nochmals 10 bis 15 Prozent herabgesetzt werden. Auf Befehl Brüning's und Weizsäcker!

Die Berliner Metallarbeiter werden in den Betrieben dem Streikbrecher „Vorwärts“ antworten!

Streiks in Berlin

Zu den Märkischen Textilwerken in Dichtenberg ist die Belegschaft unter Führung der KPD geschlossen in den Streik gegen den Notverordnungslohnabbau getreten. Am Sonntag streikt gegen den Notverordnungslohnabbau getreten. Die Belegschaft hatte Forderungen aufgestellt und dem Unternehmer durch eine gewählte Verhandlungskommission dieselben unterbreitet. Als der Unternehmer nicht mit der Kommission verhandeln wollte, antwortete die Belegschaft mit dem Streik.

Die Friedrichshafener Fahrradfabrik im Berliner Norden ist gestern vormittag in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen den durch Notverordnung beabsichtigten Lohnabbau. Aus demselben Grunde trat die Belegschaft der Firma Doring, Gerichthofe, in den Streik.

Die 200 Mann starke Belegschaft der Holzfirma Nadge beschloß den Streik gegen Lohnabbau. Der Streik wird ab Montag durchgeführt.

(Weitere Berichte siehe 2. Seite.)

Aus dem Inhalt:

Kampfstimmung in Berliner Betrieben
Japaner in Nintschau einmarschiert
Hunger in Amerika

„Generalstreik“ oder wirklicher Kampf?

Die Streikbrecherfakale im „radikalen“ Gewande

Die Sozialdemokratische Partei und die reformistischen Gewerkschaften mit Grafmann, Leipart und Tarnow an der Spitze sind die wichtigste Stütze der Brüningdiktatur. Das ist eine feststehende Tatsache, die weder von den Wels-Breitscheid, noch von den Tarnow-Leipart bestritten wird. Ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften wäre es der Brüning-Groener-Regierung nicht möglich, ihre Diktatur durchzuführen. Die Unterstützung der Sozialdemokratie und die Löhne der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten auf dem Wege der Notverordnung abzubauen. Eine ebensolche Tatsache aber ist, daß die Diktatur der Brüningregierung, die Diktatur des Großkapitals, immer mehr mit faschistischen Methoden ausgeübt wird. Die Regierung Brüning-Groener ist die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur. Es ist ohne weiteres klar, daß die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften, in dem sie die Brüning-Groener-Regierung unterstützen, die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur unterstützen.

Die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer haben monatelang vor der Arbeiterklasse ihre Politik als „kleinerer Uebel“ verteidigt, um angeblich das „größere Uebel“, eine Hitlerregierung, zu verhindern. Sie haben monatelang verheißt, den Arbeitern weiszumachen, daß der „Kampf gegen den Faschismus“ eben in der Unterstützung der Brüningregierung besteht, daß die Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus nichts weiter zu tun brauchen, als die sozialdemokratische Politik, die Politik der reformistischen Gewerkschaften, zu unterstützen.

Diese Politik der SPD. läuft darauf hinaus, den Kampf der Arbeitermassen gegen die Notverordnungs- und die Brüningregierung, gegen die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Aus der Politik der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ergibt sich konsequenterweise jene Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse zu dem Kampf der Arbeiter gegen den Lohnabbau.

„Der Streik“, schreibt die sozialdemokratische Presse, „soll eine Antwort sein auf die Brüning-Notverordnung. Vor diesem gemeingefährlichen Treiben von Narren, die sich für gewerkschaftliche Führer halten, können die Arbeiter nicht rechtzeitig und nicht stark genug gewarnt werden. ... Auch ihnen muß klar sein, daß ein Streik gegen die Notverordnung nach Lage der Dinge nur ein politischer Streik sein kann; denn die Notverordnung ist Gesetz.“

Das ist die Sprache von Streikbrechern. Die sozialdemokratischen Führer und die Führer der reformistischen Gewerkschaften reden nicht nur, sondern handeln auch als Streikbrecher.

Die Erkenntnis, daß die Wels, Breitscheid, Tarnow, Grafmann, Leipart usw., daß die Sozialdemokratische Partei und der Apparat der reformistischen Gewerkschaften Streikbruderschaften sind, wird immer größer. Auch unter den Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften. Es gibt heute schon große Teile sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre, die auf die Theorie des „kleineren Übels“ nicht mehr hereinfallen, die immer klarer die Richtigkeit der Feststellung der Kommunistischen Partei erkennen, daß der Faschismus nicht erst dann kommt, wenn Hitler in die Regierung eintritt, sondern daß der Faschismus längst begonnen hat und daß die Politik der SPD. nicht

„Rot Front“ im Rundfunk

Kommunistische Rundfunkrede während Hindenburgs Silvesteransprache

Die „Rote Zeitung“ vom 1. Januar berichtet: „Die am Silvesterabend vom Reichspräsidenten gehaltene Rundfunkrede wurde durch kommunistische Störungsmandanten eine Zeitlang so erheblich unterbrochen, daß ein Teil der Rede für viele Hörer nicht zu verstehen war. Der Reichspräsident sprach gerade von der großen Nervensprobe und Gedächtnisprobe der Schlacht bei Tannenberg, als die Störungen einsetzten. Diejenigen Rundfunkhörer, die auf dem Königs-Wusterhausen-Sender eingeschaltet waren, hörten längere Zeit eine laute Männerstimme, die eine ununterbrochene Blutkommunistischer Schlingensiefel vom Stapel ließ. So vernahm man: „Proletariat aller Länder kämpft gegen den Lohnabbau und die Gewaltspolitik! Nur der Kommunismus kann uns retten! Die rote Einheitsfront gegen Notverordnung fordert zum Streik auf!“ — und als Schlusswort erklärte (schlecht) der laute Ruf: „Rot Front!“

Die kommunistische Rede war nur über den Sender von Königs-Wusterhausen zu hören. Da die Redaktion der „Roten Fahne“ die Rede Hindenburgs über den Berliner Sender abhörte, war sie nicht in der Lage, ihre Leser schon in der letzten Nummer von der kommunistischen Rede zu informieren.

Ueber die Art und Weise, wie die kommunistische Rede gesendet wurde, geben die bürgerlichen Blätter ausführliche Berichte.

Danach wurde in der Nähe des Neuföhner Krankenhauses bei Budow das Übertragungskabel zwischen Wilsberg und Königs-Wusterhausen angeknipst. Die „R. Z.“ am Mittag“ gibt folgende Darstellung über die Durchführung der Störung:

„In den Kabelein, die nach Königs-Wusterhausen führen, sind die einzelnen Leitungsadern durch verschiedene Farben in der Seidenumspannung besonders kenntlich gemacht.“

Die Störung konnte von jedem Facharbeiter durchgeführt werden, der im Besitz des Geheimnisses war. Tausende von Telegraphenarbeitern sind befähigt, das Kabel aufzuschneiden. Es handelt sich um ein billiges Kabel mit nur wenigen Adern. Zur Störung genügt ein Mikrophon und die Batterie einer Taschenlampe. Es war nicht schwer, einen einsam gelegenen Kabelein zu finden, in den man einsteigen konnte. Die Störung ließ sich von einer einzelnen Person ohne Helfer bewerkstelligen. Das Schwierigste ist, die Betonplatte, die sich über dem Kabelein befindet, herauszuheben.

Daß diese Platte dem oder den Störern Schwierigkeiten gemacht hatte, bewies die Tatsache, daß es nicht gelang, die Platte wieder ordnungsgemäß auf den Kabelein zu legen.